

Die Lage

✓ Johannes Weidenheim

Vergatterung der Reaktion

Diese Sommerwochen 1964 sind ein einziges historisches Memorial: 20 Jahre 20. Juli 1944, 25 Jahre Zweiter Weltkrieg, 30 Jahre „Barmen“ (hierzu siehe die Anmerkungen von Heinrich Steege an anderer Stelle dieses Heftes), 50 Jahre Erster Weltkrieg . . . Der Sohn dieses unglücklichen Volkes, ohnehin zu andauerndem Nachsinnen über den Absturz seiner Väter in nie dagewesene Barbarei angehalten, schaut um sich und sieht, daß überall Bilanz gezogen oder doch so getan wird, als ziehe man Bilanz: alles redet und schreibt über die wichtigen Jubiläen, und darunter ist manches Wort eine wirkliche Erkenntnishilfe, anderes wiederum bloße Rechtfertigung und schlechtes Gewissen, auch Spekulation und Geschäftemacherei mit der latenten Lust vieler Landsleute an Kriegsgeschichten, bis hin zur schamlosen Mystifikation.

Zwei Jahrzehnte sind es her, daß ein tapferer deutscher Offizier, Repräsentant einer bürgerlichen Oppositionsgruppe, das einzige Ereignis gewordene Attentat auf Adolf Hitler unternahm. Es mißlang — Deutschland sollte den bitteren Kelch, den es anderen zugedacht hatte, selber und bis zur Neige trinken. Es war zu wenig gewesen und zu spät gekommen — vielleicht hat es deswegen scheitern müssen. Dennoch bleibt es ein Lichtpunkt in der neueren deutschen Geschichte, würdig eingereiht in den antinazistischen Kampf der deutschen Kommunisten, Sozialdemokraten und Intellektuellen. Der Struktur der Bundesrepublik entsprechend, hätte diese Erscheinungsform des Widerstandes, also die bürgerliche, sich am besten geeignet, zu einem allgemeinen und ausnahmslosen Bewußtseinsbestandteil unserer Staatsbürger, besonders der nachwachsenden, gemacht zu werden. Wir können hier lapidar feststellen, daß auch das gescheitert, genauer: nie ernsthaft versucht worden ist. Man stelle sich einmal vor, der 20. Juli wäre Staatsfeiertag geworden — in einem Staat, der sich von Anfang an moralisch und politisch nicht, wie weiß Gott hätte erwartet werden müssen, auf unmißverständliche Scheidung vom Nationalsozialismus und allen seinen weitverzweigten Zuträgern gründete (was dann allerdings einige drastische personelle und gesetzgeberische Maßnahmen erfordert hätte), sondern auf den alten, müdegerittenen, wahllosen, von Thomas Mann als die „Grundtorheit des Jahrhunderts“ bezeichneten Antikommunismus. Unvorstellbar. Insofern ist es nur konsequent, daß aus dem 20. Juli bei uns nicht viel geworden ist, hatte man sich doch zur höheren Ehre des Kalten Krieges und des wahllosen Antikommunismus schon früh entschlossen, all denen nicht weh zu tun, die im Grafen Stauffenberg, nehmen wir alles nur in allem, schlicht einen Verräter sahen und sehen (auch wenn sie das noch nicht öffentlich verkünden): den vielen einzelnen alten Nazis in Justiz, Verwaltung, Militär, Polizei, ferner den Landsmannschaften, den Schützenvereinen, der „Bild“-Gemeinde und so weiter und so fort. So wird also auch weiterhin zwischen der Theorie und der Wirklichkeit dieses Gedenktages die gleiche Diskrepanz bestehen bleiben, wie sie zum Beispiel zwischen so manchem schönen Buchstaben unseres Grundgesetzes und der „Verfassungswirklichkeit“ ganz allgemein herrscht; ja, die Art, wie man zum 20. Juli große Worte macht, an die

sich keiner schert, könnte Symbolcharakter für weite Bereiche unseres politischen Alltags überhaupt annehmen.

Das geschichtliche Bild des Mehrheitsdeutschen

Die beiden anderen Gedenktage bewegen die Gemüter schon mehr. Ein Volk hält inne und schaut auf ein Stück seiner Geschichte zurück, das es zu einem gut Teil selbst erlebt und mitgestaltet hat: auf ein blutiges, schmähliches Stück, seien wir ehrlich. Aber auch auf ein Stück Kampf: Auf den überlieferten Kampf des Deutschen mit sich selbst um den Eintritt dieses von zentrifugalen Kräften geplagten Volkes in den Kreis der modernen, zivilisierten, technologischen Massenorganisationen der übrigen Völker, auf den Kampf des „anderen Deutschlands“ gegen das deutsche Reich der „schimmernden Wehr“ um Humanität.

Es wird in den folgenden Ausgaben dieser Zeitschrift noch detaillierter die Rede sein von den Ereignissen, die zum Ersten und zum Zweiten Weltkrieg geführt haben, insonderheit von den jeweiligen Kräften in Deutschland selbst, die auf die beiden Katastrophen (dermaleinst von der Rückschau wohl zu einer zusammengefaßt) hindrängten: der Analyse des Historikers sei hier nicht vorgegriffen. Statt dessen möchte der Schriftsteller (der diese Zeilen schreibt) des Lesers Aufmerksamkeit einmal auch auf den typologischen Aspekt unserer Geschichte des letzten halben Jahrhunderts aufmerksam machen, auf die Frage: von welchem Zuschnitt war der Mehrheitsdeutsche, der es 1914 und 1939 seiner Führung ermöglichte, in seinem Namen und mit seiner blinden Gefolgschaft Krieg gegen die halbe Welt anzuzetteln? Das ist für die Erhellung der Gegenwart und für den Entwurf der Zukunft nicht weniger wichtig als die Bloßlegung der (den Typus natürlich zum Teil prägenden) ökonomischen und politischen Kräfte jener Tage.

Autoritär, zu Kindern streng, Schwachen gegenüber hart, Brutalen gegenüber weich; antirationalistisch, ein Gegner der Aufklärung und der Demokratie; ein pedantischer Aufspalter des Geistes in „Kultur“ und „Zivilisation“, des Lebens in „Dienst“ und „Privatleben“; in der Literatur immer auf Seiten der Wortemacher, der Unklaren, der Aufgeblasenen, nie auf Seiten der Realisten und Kritiker stehend; abgeneigt gegen „Politik“ („ein garstig Lied“), sehr für seine „Gemütlichkeit“; ein Aufsplitterer des Lebens in möglichst kleine Konventikel, die sich mit anderen dauernd reiben; Sozialistenfresser; auf eine besondere Art national: weniger für sein eigenes Volk als gegen die anderen; an in sich ruhendem Selbstbewußtsein so arm, daß er immer einen „Erzfeind“ braucht, um sich an dessen Zerrbild zu bestätigen („Franzmann“, „perfides Albion“, „Weltjudentum“, „Weltbolschewismus“) . . . Alles das und anderes mehr, staatsbürgerlich summiert und politisch in Bewegung gesetzt, ergibt einen Schlag, in dessen Mut immer jene Spur von Angst gefehlt hat, die da sein muß, wenn Mut nicht in bloße Tollkühnheit ausarten soll. Wir sehen den vor allem, aber nicht ausschließlich, vom Bürgertum (groß und klein) gestellten Typus des Deutschen vor uns, der stets seine eigenen Kräfte überschätzt und die Kräfte der anderen unterschätzt hat. Daher rührt es, daß im Zivilen immer ein Hauch von Aggressivität von ihm ausging (auch und gerade wenn er sich betont freundlich gab) und daß durch ihn im Militärischen das Hineinsteigen in zwei Weltkriege in Deutschland einfacher war, als es irgendwo sonst auf der Welt hätte sein können.

Und als die Weltkriege dann beide Male verloren waren, hatte man niemals selbst Schuld daran, immer nur die anderen. Und wer sich unterstand, aus den Niederlagen Lehren zu ziehen und zu verbreiten, wurde zum „Erfüllungsgehilfen“ oder zu sonst einem subversiven Verbündeten des Feindes gestempelt; keinesfalls konnte zugegeben werden, daß diejenigen auf dem richtigen Weg sein könn-

ten, die die Niederlage annahmen, um daraus für ihre und die kommenden Generationen das Beste zu machen — und vor allem: um zu verhindern, daß das Volk ein weiteres Mal in die gleiche zerstörerische Situation käme.

Das Bild ist nicht abgerundet, solange man nicht jenen fatalen „Drang nach Osten“ mit einbezieht, den ganze Geschlechter von Deutschen des angedeuteten Typs mit der Muttermilch eingeflößt bekommen haben. In den Weiten des Ostens ist Platz für den Ellenbogenmenschen vom Rhein, zugleich kann er den dahindösenden slawischen Massen eine Lektion in Tüchtigkeit und Ordnung geben — wir wissen heute, daß auch äußerliche Honorigkeit unter der Haut von diesem Wahn angefressen sein konnte. Noch Jahrzehnte nach dem Ersten Weltkrieg, als die wahre Gestalt Wilhelms II. in ihrer Mischung von Labilität und Martialität schon längst entzaubert war, hielt der nationalistische Mehrheitsdeutsche nach wie vor eine Figur in hehrer Unbescholtenheit als Inbegriff des Ehrenmannes und Kavaliere der alten Schule aufrecht, den Reichskanzler Theobald v. Bethmann Hollweg —, bis auch ihn (in den verdienstvollen Forschungen von Fritz Fischer und Imanuel Geiss) der Lichtstrahl der offenkundig systematisch bis dahin verborgen gehaltenen Wahrheit traf: auch er — ein Wolf im Schafspelz, auch er lange vor Hitler schon bereit, nach einem deutschen Sieg slawische Massen aus ihrer angestammten Heimat zu deportieren, um dem germanischen Herrn, dem es daheim zu eng ist, Platz zu machen.

An dieses alles ist zu denken, wenn wir die beiden Jubiläen registrieren. Zweimal in einem halben Jahrhundert hat Michel seine Haut zu Markt tragen lassen. Zweimal aber auch im ganz kurzen Zeitraum von fünfzig Jahren ist die Militärmaschinerie der Deutschen (perfektionierter, als es die vielbeschriebene „russische Dampfwalze“ je sein konnte) verheerend nach Osten eingebrochen —: das hat man dort nicht vergessen und wird es auch in hundert Jahren noch nicht vergessen haben. Was wir Bundesbürger in diesen Gedenkwochen in erster Linie uns erneut klarzumachen haben, ist gerade dies: daß man in Polen und Rußland alles das, was wir hier in unserer völlig unbegründeten Was-kostet-die-Welt-Hochlaune uns schon wieder zu vergessen erlauben, just deswegen nicht vergessen wird, weil wir es vergessen haben. Und daß man vom eigenen Standpunkt aus getan hat, was man tun konnte, damit es nicht ein drittesmal passiere¹⁾.

Moskau zieht seine Hand nicht von Pankow ab

Im Lichte aller dieser Maßnahmen ist auch der soeben abgeschlossene Beistandspakt zwischen den Regierungen der Sowjetunion und der DDR zu sehen (Wortlaut siehe im Dokumentationsteil). Rudolf Hilf hat ihn an anderer Stelle dieses Heftes eingehend und mit gebotener Nüchternheit interpretiert. Heben wir hier darum nur eines besonders hervor: Dieser Vertrag erhebt weniger einen Anspruch, als daß er einem Anspruch entgegentritt; entgegentritt noch einmal, in aller Form und nunmehr hoffentlich für alle unmißverständlich: dem Anspruch der Bundesrepublik Deutschland auf die DDR. Pointierter: dem Anspruch aller, in denen der alte „Drang nach Osten“ immer noch irgendwie wabert, und sei es fürs erste nur der Drang nach Stralsund, Funkfurt/Oder und Dresden. Zumindest für die nächsten zwanzig Jahre sollte — zu unser aller Nutz und Frommen übrigens — auch dieser Traum ausgeträumt sein. In dieser Zeitschrift ist schon lange vor der Unterzeichnung des Vertrages die Überzeugung geäußert und begründet worden, daß und warum die Sowjetunion die DDR nicht „fallenlassen“ wird und kann. Nun wissen wir alle noch mehr: die Sowjetunion, eine der beiden thermoklearen Weltmächte, würde einen Angriff auf das Staatsgebiet der DDR wie einen Angriff auf ihr eigenes Gebiet betrachten und beantworten.

¹⁾ Vgl. zum Thema „Ostpolitik“ den Aufsatz von Prof. Rasch in diesem Heft. D. Verf.

Ist es demgegenüber wirklich so wichtig und interessant, daran herumzurätseln, ob Walter Ulbricht mit diesem Vertrag wohl zufrieden sei? „Er hat nicht bekommen, was er wollte“ — so geht es wie eine Stafette der Schadenfreude durch die meinungsbestimmende Tagespresse der Bundesrepublik. Doch hinter dieser Schadenfreude verbirgt sich Verlegenheit. Denn wenn es auch durchaus möglich ist, daß Walter Ulbricht ein Friedensvertrag noch lieber gewesen wäre, so muß doch jeder redliche Mensch zugeben: die Regierung der DDR hat mehr bekommen, als man ihr in Bonn zugetraut hätte. Sie hat vielleicht nicht hundertprozentig das bekommen, was sie sich gewünscht hatte, aber doch, sagen wir einmal, achtzigprozentig. Damit wird sie sich einzurichten wissen — und damit werden auch wir uns einzurichten haben. Es gibt so viele gute und schöne Ansätze in der BRD, aber letzten Endes wird die Entwicklung dadurch blockiert, daß dieser westliche Nachfolgestaat des Deutschen Reiches meint, er dürfe an sich selbst nicht genug haben . . .

Wenn wir an dieser Stelle versuchen, noch einmal den Typus des weiter oben umrissenen nationalistischen Mehrheitsdeutschen der zurückliegenden Jahrzehnte in den Blick zu fassen, so wird klar: Ihn gibt es immer noch, und ihm ist mit diesem Pakt ein energisches Halt geboten worden. (Die Frage ist heute nur, ob und in welchem Maße er immer noch der Mehrheitsdeutsche ist.) Ergänzen wir sein Porträt um einen weiteren Zug — mit Hilfe eines Wortes von Konrad Adenauer aus diesen Tagen: die gegenwärtige Entspannung sei nichts weiter als eine „trägerische Flaute“, erklärte dieser nicht müde werden wollende uralte Scharfmacher. So redet über Entspannung nur, wer sie nicht wünscht. Es gibt eben Leute, die der Frieden nervös macht. Man kann ihnen viele Namen geben (und sie treten ja auch in vielen Gewändern auf): „Ultras“, „Rechtsradikale“, „Ewiggestrige“, „Teutonen“, wie man will; jedenfalls sind sie mit unserem Typus von weiter oben identisch, und zu ihren Charakteristiken gehört auch, daß sie es bis heute, neunzehn Jahre danach, nicht fertiggebracht haben, sich mit den Ergebnissen des Zweiten Weltkrieges abzufinden. Der Pakt zwischen Moskau und Ostberlin soll ihnen diesbezüglich die Augen öffnen und ihnen helfen, sich von sich selbst zu erlösen, die Welt zu erkennen, wie sie ist und wie sie werden wird, und sie anregen, ihre Kräfte endlich vernünftig und nicht länger zum Schaden, sondern einmal auch zum Wohle ihres Volkes einzusetzen; nicht länger der Zerstörung zu dienen, sondern dem Aufbau.

Schon der Ausgang des Ersten Weltkrieges bedeutete ihre geschichtliche Niederlage, denn es war i h r Krieg gewesen, nicht der Krieg der arbeitenden Massen und der humanistischen Intelligenz. Doch sie traten nicht ab. Elementare Fehler der Siegermächte erleichterten es ihnen, ihre Niederlage zu „verdrängen“, und als die radikalen Nazis daherkamen und ihnen neuen Glanz versprachen, waren sie sofort zu allem bereit (auch zu Verbrechen, wie sich später zeigen sollte). Und wieder endete alles mit ihrer (diesmal verdoppelten) Niederlage — doch abermals wird es ihnen ermöglicht, die Bühne zu betreten, neue Illusionen zu kolportieren und in geschichtlich längst Vollzogenem herumzustochern und es nicht zur Ruhe kommen zu lassen. Diesmal trifft die Verantwortung dafür unsere Regierung in Bonn — darüber sollte diese sich im klaren sein. Wenn Bundeskanzler Erhard mit Rücksicht auf die Landsmannschaft der Sudetendeutschen nicht die Courage hat, das „Münchener Abkommen“ von 1938 in aller Form fallen zu lassen, andererseits aber seine diesbezüglichen halben Auslassungen den Offiziellen der Sudetendeutschen Landsmannschaft schon wiederum viel zu weit gehen (weil dieses Hitler-Abkommen in ihren Augen immer noch gültiges Recht ist) und sie sich, um den Kurswert ihrer Wählerstimmen wissend, anmaßen, auf den Regierungschef deshalb Druck auszuüben, so zeigt allein schon dieses eine Beispiel,

wie unmöglich und gefährlich unsere Situation geworden ist. Prof. Erhard weiß hoffentlich, daß die Welt, selbstverständlich auch die westliche, das pfeifen schon alle Spatzen von allen Dächern, von ihm eine deutsche Ostpolitik erwartet, die sich von den künstlich am Leben gehaltenen Ressentiments der Vertriebenenverbände endlich und eindeutig emanzipiert.

Denn es steht mehr auf dem Spiel als nur unser Ruf als ein Volk, das sich, wie so manches andere das ebenfalls schon gemußt hat, mit Unabänderlichem abzufinden weiß (wenn einer das in seinem persönlichen Leben nicht kann, bleibt er ein Narr), es steht der Frieden auf dem Spiel. Im Ersten Weltkrieg ging es in der Hauptsache noch um sehr viel Geld, im Zweiten schon um Land und Leute, und worum es in einem dritten ginge, das hat soeben wieder auf deutschem Boden der Amerikaner Linus Pauling mit dankenswerter Derbheit an die Wand gemalt:

„Bei einem Atomkrieg zwischen Ost und West wird es nach Ansicht des amerikanischen Nobelpreisträgers Prof. Linus Pauling in den USA und Europa keine Überlebenden geben ... Er schätzte, daß von den 800 Mill. Menschen im Ost-West-Raum 60 Tage nach einem dritten Weltkrieg mit Atomwaffen etwa 720 Mill. tot sein würden, 60 Mill. würden schwer verletzt unter Qualen sterben, und die restlichen 20 Mill. müßten verhungern ...“ (AP vom 29. 6.)

Was die Kirchenlichter, die die kostspielige Operette „Dortmunder Bunker-test“ mit unseren Steuergeldern inszeniert haben, wohl sagen (oder doch im stillen Kämmerlein denken) werden, wenn sie das hören? Und ob Bundesminister Seehofer angesichts solcher Perspektiven seine Brandschnulze von der Rückgabe des Sudetenlandes („an das sudetendeutsche Heimatvolk“ — aber was heißt das?) das nächstemal nicht vielleicht wenigstens in Moll anstimmt?

Was unsere Bundeswehr zu viel hat

Wie begründet die Sorgen all derjenigen im In- und Ausland sind, die sich die Entwicklung der physisch unvorhergesehenermaßen schnell so stark gewordenen, geistig-psychisch aber merkwürdig hinterher hinkenden, im Grunde in die Welt von heute noch nicht integrierten Bundesrepublik Deutschland angelegen sein lassen, zeigt in diesen Tagen einmal mehr der Heye-Rapport über antidemokratische Tendenzen in der Bundeswehr, Westeuropas stärkster Armee.²⁾

Vizeadmiral a. D. Hellmuth Heye ist alles andere als ein Mann, den seine plötzlich wie aus der Erde geschossenen zahlreichen Gegner selbst bei schlechtestem Willen als Linksintellektuellen diffamieren könnten: um so schwerer gehen seine Warnungen denen „runter“, die sich offenbar schon zu sehr unter sich gewöhnt hatten, als daß sie solche Enthüllungen noch für möglich gehalten hätten. Hier hat einer aus der Schule geplaudert, von dem man das am wenigsten befürchtet hätte. Der Vergleich mit dem einstigen preußischen Offizier Fritz v. Unruh drängt sich auf, der gerade durch seine Einblicke in das Kriegerhandwerk zum Pazifisten wurde. In Hellmuth Heye hat, biblisch genommen, ein aufrechter Mensch seine Blödigkeit überwunden, weil er aus seinem Herzen keine Mördergrube machen wollte, — eigentlich eine moralische Selbstverständlichkeit, bei uns jedoch eine Sensation.

Dabei hätten die Enthüllungen des Bundeswehrbeauftragten eigentlich niemanden überraschen dürfen. War es unter Berücksichtigung der Tatsachen, daß die meisten Bundeswehrgenerale einst willige Hitler-Offiziere gewesen sind, daß man den Grafen Baudissin, den Kreator und Garanten der Idee von der „Inneren

²⁾ Vgl. dazu auch den Artikel von Jochen Willke und die Glosse von Rudolf Rolfs in diesem Heft. D. Verf.

DIE LAGE

Führung“, von der Truppe wegbefördert hatte, und daß die Nagold-Geschichten beim besten Willen nicht zu nichtssagenden „Einzelfällen“ herabdividiert werden konnten, — war es so schwer gewesen, auch vor dem Heye-Rapport schon zu wissen, daß unsere Bundeswehr im großen und ganzen (erfreuliche Bemühungen um eine zeitgerechte Menschenführung wollen wir nicht übersehen) das Erfordernis, eine sachliche, freimütige, moderne technische Truppe mit keiner anderen Aufgabe als der der Selbstverteidigung zu werden, nicht erfüllt hat; wenigstens bis heute nicht?

Nein, nein, in dieser Bundeswehr steckt noch zuviel Ideologie (letzten Endes ist auch das Ideologie, wenn Feldwebeltöchter nicht zum Kasinoball zugelassen werden), viel zu viel Ideologie und viel zu wenig Demokratie. Zu viel alter Krampf, zu viel Dünkel, zu viel verklemmtes Sendungsbewußtsein, zu viel Elite-Trotz. Dieses Offizierskorps hat nicht die Reife, daß man ihm thermonukleare Waffen anvertrauen könnte, und wir hoffen zu Gott und den Verbündeten, daß man das auch nicht tun wird. Wenn es noch eines Beweises für diese Unreife bedurft hätte, dann hat der Generalinspekteur der Bundeswehr, General Trettner, ihn mit seinem Befehl an die Truppe geliefert, worin er im Zusammenhang mit dem Heye-Rapport larmoyant von einer „Stunde der Anfechtung“ spricht und mit massiven Worten die Soldaten zu verstärkter Kameraderie aufstacheln will, statt bei so schweren und offensichtlich nicht zu widerlegenden Beweisen über den moralisch-intellektuell-gesellschaftlichen Zustand seiner Truppe leise sein Amt zur Verfügung zu stellen.

Man hat, typischerweise, aus der Sache flugs einen „Fall Heye“ gemacht, und das ist sie gar nicht, sie ist ein „Fall Bundeswehr“, oder, mehr noch, ein „Fall Bundesrepublik“. Verteidigungsminister v. Hassel hat die Katze aus dem Sack gelassen (vielleicht gar nicht ganz ohne schadenfrohe Absicht), wenn er verwundert parierte: Warum soll die Bundeswehr demokratischer sein als das Volk? Das beweist, daß es ein „Fall Bundesrepublik“ ist. Tatsächlich, hier müssen wir Herrn v. Hassel recht geben: Der Demokratie-Spiegel unseres Militärs kann gar nicht höher sein als der Demokratie-Spiegel „des Volkes“, und der ist also, das wollte v. Hassel zur Entschuldigung der Bundeswehr doch wohl gesagt haben, niedrig. Niedrig. Und wer ist daran schuld? Etwas das Volk selber? Was soll es denn nachtanzen, wenn man ihm seit Jahr und Tag sozusagen ein formloses Mischmasch aus „Marschtritt und Twist“ vortanzt? Neulich sagte ein junger israelischer Journalist im „Frühschoppen“: „Deutschland muß sich erst noch qualifizieren . . .“ Wir wissen gut, wie das gemeint war: Gemeint war der nur halb, nur vage, nur taktisch gezogene Trennungsstrich zwischen den demokratischen Kräften von heute und den antidemokratischen von gestern. Hier tut sich ein Ozean an Versäumtem auf, versäumt von Regierung und Bundestag in Bonn seit ihrem Bestehen. Und auch der Alarm, den Hellmuth Heye schlug, hat, wie man befürchten muß, den heilsamen Schock (der beabsichtigt war) nicht bewirkt, die Umkehr nicht in die Wege geleitet. Oder wie anders soll man dann die für unseren ganzen Staat und unsere Gesellschaft niederschmetternde Tatsache auffassen, daß auch dieser Mann, gestern noch allgemein geachtet und ästimiert, über Nacht von allen im Stich gelassen wurde, nur weil er seine Gewissenspflicht erfüllte? (Ja, auch die Opposition hat ihn im Stich gelassen; die SPD stellt sich genau soviel vor ihn, daß man nicht sagen kann, sie tue es nicht, aber auch nicht so viel, daß man ihr eines Tages einen Strick daraus drehen könnte, daß sie es getan habe . . . Also wie üblich: Jein.)

Die Reaktion auf Heye ist symptomatisch für die augenblicklichen Verhältnisse bei uns: Statt bei fundierter Kritik das Ganze etwas aufzulockern, Abstand zu nehmen, Luft zu holen, sich im Interesse und zugunsten der Sache wenigstens diskus-

sionsmäßig in den Standort des Kritikers zu versetzen, werden fast mechanisch und unerbittlich „die Reihen fest geschlossen“: im Zustand der Belagerung darf es keine Kritik geben . . . Daß diese Krankheit direkt an die Wurzeln unseres Staates geht, scheint niemanden zu kümmern, denn der beschriebene Typus des nationalistischen Mehrheitsdeutschen von einst will auf die Dauer diese unsere Bundesrepublik ja gar nicht, er will mehr, er will alles oder nichts.

Wiedervereinigung nur durch Entspannung

Man muß ihm schon um seiner selbst willen in den Arm fallen bei diesem seinem immer noch nicht beendeten Amoklauf durch die deutsche Zeitgeschichte. Noch ist es dazu nicht zu spät, auch wenn man nicht übersehen kann, daß die Reaktionsäre Vergatterung halten (aber das kann ja auch bedeuten, daß sie sich in die Enge getrieben wissen). Im Geschichtspanscher Hoggan haben sie nun also auch noch ihren „Historiker“ gefunden (wie Hitler einst in Rosenberg seinen „Philosophen“). Damit wird ihre moralische Position um nichts stärker, aber sie könnten in die Versuchung geraten, noch rabiater zu werden. Dagegen gibt es nur ein wirksames Mittel:

Die Kräfte der Vernunft, der Demokratie, der Entspannung, der friedlichen Koexistenz in unserem Lande, wo immer sie ideologisch auch stehen mögen, müssen sich zu einer gemeinsamen Willensbekundung zusammenschließen, und wenn auch nur für die Dauer eines einzigen Kongresses und einer einzigen Sammlung von Unterschriften unter die gemeinsame Entschließung dieses Kongresses! Zumindest wird man dann klarer sehen als bisher, welcher Deutsche heute der Mehrheitsdeutsche ist, der weiter oben beschriebene oder der andere (seit je von aller Welt und heute trotz allem wieder geachtete und um manches bewunderte Deutsche der Humanität). Und unserem zaudernden Bundeskanzler wird es dann um ein kleines schwerer fallen als bisher, sich durch alle Gruppen hindurchlavieren zu wollen (ohne in Wirklichkeit auszugleichen) und sich auf dem Entspannungssohr taub zu stellen.

Der Verfasser dieser Zeilen hat an dieser Stelle früher schon einmal³⁾ eine Reihe von Persönlichkeiten namentlich genannt, die sich (mit einer ganzen Reihe anderer) einmal treffen sollten, um über ihre konformistische Einzelexistenz hinaus zu manifestieren, daß das Deutschland der Humanität, Lehren aus der bitteren Vergangenheit ziehend, sich für das politische Engagement nicht zu gut und außerdem, im Gegensatz zu früher, entschlossen und imstande sein kann, in Stunden der Krise ungeachtet aller individuellen und fakultativen Besonderheiten und Mentalreservationen und Geschmäcker die Einheit der Aktion zu dokumentieren. Und daß wir in einer Krisenstunde stecken, brauchen wir uns nicht erst von Konrad Adenauer sagen zu lassen: da hat er nur allzu recht, doch ganz andersherum, als er es meint. Die Kräfte der Humanität und des Friedens dürfen nie aus den Augen lassen, daß die Reaktion um so stärker wird, je weniger und je zersplitterter sie selbst ihren politischen Willen kundtun. „Besser, als gerührt sein, ist, sich rühren“ (Bertolt Brecht): Dem empfindsamen Passivisten, und mag er alle Argumente auf seiner Seite haben, wird es immer ergehen, wie es im alten Rom den Abwesenden ergangen sind: Sie haben nie recht bekommen.

In welcher Richtung und mit welchem Ziel wir alle zusammen zu wirken und einzuwirken haben, machen die an anderer Stelle dieses Heftes abgedruckten Antworten in der Rubrik „Die politische Meinung“ klar; wir weisen den geneigten Leser ausdrücklich auf sie hin. Es ist dort die Rede davon, daß wir endlich aus dem „Beton“ herauskommen müssen. Das kann man drehen und wenden, wie

³⁾ Vgl. „Blätter“ 10/62. D. Verf.

man will, am Ende bleibt es reduziert auf seinen einfachen Kern: **K o n t a k t e z u m a n d e r e n d e u t s c h e n S t a a t**. (Daß sie ohnehin gar nicht aufzuhalten sind, illustriert z. B. der Bericht von Gerhard Weber an anderer Stelle dieses Hef-tes.) Dem Fehlschluß Prof. Erhards „Entspannung durch Wiedervereinigung“ ist immer wieder von neuem die logischere und allein praktikable Faustregel ent-gegenzuhalten: „Wiedervereinigung durch Entspannung.“ Das Gegenteil geht schlechterdings nicht. Es dennoch dauernd zu proklamieren und zugleich in der Hinterhand weiter auf-, statt abzurüsten, kann über kurz oder lang nur zu der Katastrophe führen, die niemand will, die niemand verantworten kann und für die es keinen reellen Gegenwert auf dieser Welt gibt — nicht einmal die Wiederherstellung deutscher Grenzen von anno irgendwann.

(Abgeschlossen am 2. Juli.)

Dr. Rudolf Hilf

Noch zwanzig Jahre deutsche Teilung?

Fünf Tage vor den alljährlichen bundesdeutschen Deklamationen zur Wieder-vereinigung hat am 12. Juni in Moskau die Sowjetunion einen „Freundschafts-, Beistands- und Zusammenarbeitsvertrag“ mit der DDR unterzeichnet, dessen Dauer in Artikel 10 auf zwanzig Jahre festgesetzt ist. Kern dieses Vertrages ist der siebente Artikel, der feststellt, daß angesichts der Tatsache, daß zwei deut-sche souveräne Staaten bestehen, die Schaffung eines einzigen Deutschland nur auf dem Verhandlungsweg auf der Grundlage der Gleichheit zwischen diesen beiden souveränen Staaten stattfinden kann.

Der Vertrag ist damit die Antwort auf alle bundesdeutschen Wünsche, über die DDR hinweg mit Moskau ein Einvernehmen über die deutsche Wiederver-einigung zu erzielen. Ebenso wie die Westmächte ihr Wort verpfändet haben, die Bundesrepublik Deutschland allein als die rechtmäßige Vertreterin des gesamten deutschen Volkes anzusehen, ebenso hat nun die Sowjetunion vertraglich ihr Wort gegeben, in Fragen der deutschen Wiedervereinigung die Entscheidung der DDR als souverän zu respektieren. Allerdings hat sich die Sowjetunion zwei Türen offengelassen: In Artikel 9 wird präzisiert, daß das gegenwärtige Abkom-men die Rechte und Pflichten der beiden Vertragsparteien nicht aufhebe, die durch frühere bilaterale oder internationale Abkommen (wie das Potsdamer Ab-kommen) eingegangen wurden. Und in Artikel 10 wird bestimmt, daß für den Fall der Schaffung eines einheitlichen Deutschland (d. h. bei Einigung der beiden deutschen Staaten hinsichtlich der Wiedervereinigung) oder eines Zustandekom-mens eines deutschen Friedensvertrags der vorliegende Vertrag vor Ablauf sei-ner Gültigkeitsdauer revidiert werden kann, und zwar auf Verlangen einer der beiden Vertragsparteien.